

LICHT INS DUNKEL

Wolfgang Untergehrer

Liebe Leserin, lieber Leser, Hand aufs Herz: Wer möchte denn in dunklen Zeiten wie diesen nicht auch mal was Schönes, was Positives hören oder lesen?



Geradezu optimale Gelegenheiten hierzu bietet uns Beschäftigten der bayerischen Finanzämter das AIS und hier speziell unser oberster Dienstherr, Herr Dr. Markus Söder. Was durften wir

hier nicht schon alles an Erbaulichem lesen in den letzten Jahren, von der Verlagerung der Arbeit „zu den Menschen“, den verbesserten Einstellungszahlen, dem umfassenden persönlichen Einsatz des Herrn Dr. Söder für seine Verwaltung - einschlägige Pressemitteilungen des Heimatministeriums sind uns so gewiss wie die Kappung der angesammelten Überstunden am 01. Oktober jeden Jahres. Und jedes dieser Themen würde eine intensive Auseinandersetzung - gerade aus Sicht von uns Beschäftigten - mehr als verdienen.

Heute geht es mir um die Pressemitteilung vom 13.07.2016 - „Söder: 3 Jahre Internationales Steuerzentrum: 180 Mio. Euro mehr Steuern“. Und weiter im Text: „Das Internationale Steuerzentrum in München ist ein voller Erfolg: aus abgeschlossenen Prüfungen konnten bisher 180 Millionen

Euro Steuermehreinnahmen erzielt werden. 50 bayerische Prüfer aus 13 Finanzämtern bzw. sechs Regierungsbezirken haben mitgewirkt.“

Um was geht es? Im Jahr 2013 wurde auf Initiative von Herrn Dr. Söder das von ihm so benannte „Steuer-FBI“ („Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug“/ **SKS**, „Sondereinheit Zentrale Steueraufsicht“/ **SZS** und „Internationales Steuerzentrum“/ **ISZ**) gegründet.

Die konkrete Datenlage - auf Basis einer parlamentarischen Anfrage der SPD im Landtag - ergibt bei etwas genauerer Betrachtung, dass es sich bei den vollmundigen Ankündigungen all dieser „brandneuen“ Strukturen weitestgehend um organisatorische Umgliederungen han-

Inhalt	
Licht ins Dunkel	1
Geschüttelt, nicht gerührt	2
Schwer zu ertragen	3
Die Zahl des Tages	3
Unverschuldet in Not	3
Tipp TTIP CETA	4
Der Bund schafft an	5
Amok Terror Attentat	6
MUH	7
Terror überwachen	8
Gespräch mit MdL Joachim Unterländer	8
Forderungen zum Doppelhaushalt	9
Soweit die Füße tragen München Stadtlauf	12
ver.di bei SPD im Bayerischen Landtag	13
Baustelle Finanzamt München	15
Aktiv für Beamte	16
Bahnsteigquerung	17
Jetzt im Kino	17
Gute Besoldung ist kein Geschenk	18
ver.di ehrt verdiente Mitglieder	18
Psychische Gefährdungsbeurteilung	19
Einmal Bundestag und zurück	19
Telekomrabatt	19
Preisrätsel	20



Steuermelder

delt. Die Pressemitteilung verschweigt dann auch nicht, dass es sich beim „Internationalen Steuerzentrum“ nicht um eine neue Behörde, sondern lediglich um eine neue Arbeitsplattform handelt, die Unterstützung bei länderübergreifenden Prüfungen anbietet. Dagegen ist auch gar nichts zu sagen - derartige Hilfestellungen sind wertvoll und fachlich nur zu befürworten.

Die - notwendigen - Stellenmehrungen sind dagegen überschaubar und das Personal wird - wie gewohnt - aus den bestehenden (und ohnehin schwer notleidenden) Arbeitsstrukturen abgezogen. Dafür gibt's alten Wein in neue Schläuche: bravo! Das verstehe ich unter einem echten Ankündigungsminister - ein altes Loch wird unter Beifall der Presse und der uninformierten Öffentlichkeit zugeschüttet und dabei wie selbstverständlich ein neues aufgerissen...

Die guten Mehrergebnisse aus Prüfungen dieser Sonderstellen sind selbstverständlich positiv zu werten: das wäre ja geradezu widersinnig, wenn wir als Gewerkschaft ver.di zusätzliche Steuern aus Prüfungen nicht als positiven Beitrag zur Verbesserung der Steuergerechtigkeit werten würden. Größte Anerkennung den beteiligten Kolleginnen und Kollegen und herzlichen Dank für ihren Einsatz!

Aber gesagt werden muss auch: Bisher haben unsere Außenprüfungen gerade im Finanzamt München, ob Betriebsprüfung oder „Sonstige Prüfdienste“ wie Umsatzsteuer- oder Lohnsteuerprüfung und selbstredend auch die klassische Steuerfahndung massive Mehrergebnisse erzielt - und sie wurden trotzdem seit Jahrzehnten und unter beifälligen Nicken der staatstragenden Mehrheitspartei im Bayerischen Landtag immer mehr ausgedünnt.

Nur um mal einen Vergleich zu ziehen, der einen Tropfen Realität in den ministeriellen Cocktail gießen könnte: Die besonders personell ausgezehrte Lohnsteuerstelle

des Finanzamts München erzielte in den Jahren 2013-2015 ein Mehrergebnis von insgesamt **344.489.402 Euro** (ohne die sog. „Lohnsteuer-Nachschau“).

Und das unter wesentlicher Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen der QE2 und der QE3, die von einem Besoldungs- und Beförderungsniveau wie in anderen Außenprüfungs-Bereichen nur träumen können. Von persönlicher Wertschätzung und Anerkennung mal ganz zu schweigen - es muss ja nicht gleich eine Pressemitteilung des Finanzministeriums sein ...

Darf man so etwas sagen oder ist man gar ein übler Miesmacher, wenn man das tut? Ich finde, ja man MUSS!

Die einzige denkbare Lösung: ein schicker neuer Name? „Lohnsteuer-Außenprüfung“, ist halt so gar nicht sexy ...

Unser Vorschlag:

APP für „**Außenprüfungspersonal**“ - heutzutage so beliebt wie fast schon lebensnotwendig!

Geschüttelt, nicht gerührt!



Kasspatzen



Spasskatzen

Wir präsentieren hier keine Neuerfindung, vielmehr versuchen wir, eine Idee von Patrick Süß vom SZ-Magazin (Gemischtes Doppel) aufzugreifen. Gefragt sind hier Wortspiele, die mit Bildern hinterlegt werden.

Zusendungen und weitere Vorschläge sind erwünscht an: a.dullinger@gmx.de

Schwer zu (er)tragen

Die ersten Rucksäcke für den Lohnsteuer-Außendienst wurden vor einem Jahrzehnt angeschafft, allmählich auch alte „fahrbare Koffer“ und Aktentaschen durch neue Trolleys ersetzt. 2012 mussten Taschen, Koffer oder Rucksäcke, die „nicht benötigt wurden“, zurückgegeben werden...

Womöglich führte die unzureichende finanzielle Ausstattung der Finanzämter dazu, dass keine weiteren Trolleys angeschafft wurden. Dann wiederholte sich mit der Ausgabe neuer Laptops (2013) ein Vorgang aus dem Jahr 2004: die bisherigen Laptop-Taschen waren zu klein für die neuen Geräte und die neuen Laptops passen nicht in die Rucksäcke.



Der Personalrat regte an, dauerhaft große, stabile Rucksäcke für alle Prüferinnen und Prüfer anzuschaffen und zusätzlich strapazierfähige Trolleys vorzuhalten. Bei der Befragung zur psychischen Gefährdungsbeurteilung ist dieser dringende Bedarf ebenfalls ermittelt worden.

Dabei sind nicht nur weibliche Bedienstete oder zierliche Personen ganz allgemein dringend auf eine Verteilung des Gewichts auf zwei Taschen angewiesen. Das Gepäck - Akten, Ordner, Laptop, Netzteile - wiegt in Summe bis zu 20 kg, die in öffentliche Verkehrsmitteln zu hieven sind.

Der aktuelle Mindestbedarf beträgt im Bereich der Lohn- und Umsatzsteuerausprüfung 6 Tragetaschen für Laptops und

26 Rucksäcke (Platzbedarf für 17,3 Zoll große Laptops) und 19 Trolleys.

Wir schreiben das Jahr 2017. Kann es wirklich so schwer sein, dass uns der Dienstherr ausreichende und adäquate Tragetaschen zur Verfügung stellt?

Die Zahl des Tages: 4,72

Wolfgang Untergehrer

4,72 - was könnte das jetzt sein?

Der Notendurchschnitt in der Steuersekretärs- oder -inspektorenprüfung 2016?

Der prozentuale Anteil der laut Mitarbeiterbefragung mit ihrer Arbeitssituation zufriedenen Beschäftigten des Finanzamts München?

Oder der rechnerische Büroraum je Mitarbeiter/in der bayerischen Finanzämter in m²?

Ich kann es gerne verraten:

Genau 4,72 Euro ist dem Freistaat im Jahr 2016 die Gesundheit seiner Mitarbeiter/innen wert. Wer es nicht glaubt, einfach mal nachrechnen: Für dieses Jahr sind als Haushaltsmittel ein Gesamtbetrag von 85.000 Euro vorgesehen und das für einen Personalstamm von 18.000 Beschäftigten in den bayerischen Finanzämtern.



Ein Trauerspiel, ein Armutszeugnis, ein ministerielles Feigenblatt allerbestenfalls!

Dass für derartige Förderungen „kein echter Mehr-Bedarf“ besteht - geschenkt! Da braucht man sich nur mit offenen Augen

umgucken: jede Menge an Initiativen der Belegschaft und der Personalvertretungen, Pilates, Qi Gong, Rückenschule, Yoga, Zumba und vieles mehr. Beantragt wurden dann auch im Finanzamt München für 2016 Zuschüsse im Umfang von 53.885 Euro, bayernweit 239.762 Euro.

Da kann man nur hoffen, dass hierzu in Zukunft im Finanzministerium in ganz anderen Dimensionen gedacht und dann auch bezuschusst wird. Eine aktive und finanziell gut ausgestattete betriebliche Gesundheitsförderung - nie war sie so wichtig wie heute!

Unverschuldet in Not - Teil 2

Die Tochter eines Kollegen kämpft immer noch mit ME/CFS. Das ist eine seltene Krankheit, für die es noch keine wissenschaftlich nachgewiesene Heilmethoden gibt und daher auch keine Kostenübernahme durch die Krankenkasse oder Beihilfe erfolgt!

Behandelt und therapiert muss die junge Frau aber werden. Die Familie trägt die Kosten überwiegend alleine, auch wenn der Freundeskreis und eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen die Familie bereits tatkräftig unterstützt haben.

Allen, die sich bereits beteiligt haben, möchten wir - auch im Namen des ver.di-Kollegen Reinhard Wallner, Personalratsvorsitzender Finanzamt Passau - herzlich danken!

Die Herausforderungen sind nach wie vor gewaltig, um mit dieser Situation fertig zu werden. Die ver.di-Redak-

tion möchte Dich heute nochmal herzlich bitten, den Kollegen Lex zu unterstützen. Jeder noch so kleine Beitrag und Beistand zählt!

Bitte melden bei: Reinhard Wallner, FA Passau oder Angelica Dullinger, FAM.

*) Pnp 05.08.2015 Lex Michaela <http://www.buendnis-mecfs.de/lage-der-patienten/>

Tipp · Tipp · Tipp · Tipp

Kurze News und Serviceangebote aus Gewerkschaften und Umfeld gibt es künftig in der Online-Rubrik „Pinnwand“. Hier fasst der DGB kompakt und kurz Meldungen von Projekten und Partner/innen - zum Beispiel aus der Hans-Böckler-Stiftung - zusammen. Reinschauen lohnt sich: www.dgb.de/einblick/pinn

TTIP/CETA

Initiiert von einem überparteilichem Bündnis haben mehr als 320.000 Menschen am 17.9.2016 bundesweit gegen CETA und TTIP demonstriert. Beide Abkommen schaffen eine konzernfreundliche Paralleljustiz, beide sind eine erhebliche Gefahr für die Demokratie, für Sozial- und Umweltstandards und für die öffentliche Daseinsvorsorge.



Gefährlicher Arbeitsplatz



Anders als TTIP ist CETA fertig verhandelt und steht vor der Ratifizierung. Damit droht TTIP durch die Hintertür, denn viele global agierende Konzerne - darunter über 40.000 US-Unternehmen - haben in Kanada Tochterunternehmen. Sie alle können die Sonderklagerechte in CETA nutzen und auf Schadensersatz klagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze geschmälert sehen, die uns Verbraucher/innen schützen sollen.

Schon jetzt arbeitet die Europäische Kommission daran, CETA vorläufig in Kraft zu setzen, bevor auch nur ein Parlament der Mitgliedsstaaten darüber abgestimmt hat. Dadurch würden Fakten geschaffen, die sich nur schwer revidieren lassen. Das Bündnis will erreichen, dass die deutsche Bundesregierung die Zustimmung verweigert.

Wer in München dabei war erinnert sich: Am Samstag, den 17. September 2016 hat es gewaltig geregnet. Doch das hat 25.000 Menschen nicht davon abgehalten, ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA zu bekräftigen!

Der Bund schafft an

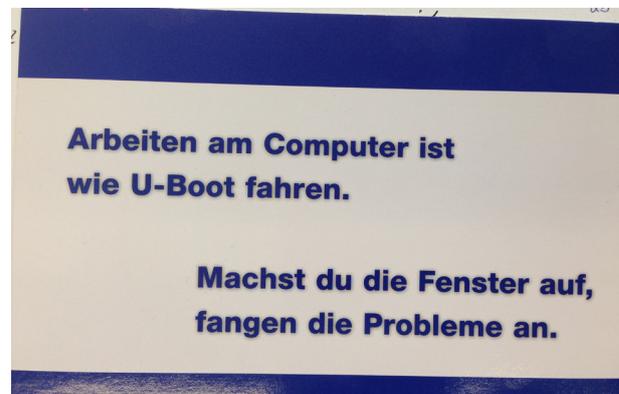
Angelica Dullinger

Im Rahmen der Bund-Länderkonferenz wurde der Länderfinanzausgleich neu geregelt. Es wird nicht nur eine mögliche Privatisierung des Bundesfernstraßennetzes zur Finanzierung ins Auge gefasst, sondern auch in Bezug auf die Steuerverwaltung Art. 108 GG geändert.

Damit erhält der Bund ein erweitertes Weisungsrecht beim IT-Einsatz und ein stärkeres fachliches Weisungsrecht.

Das - nicht offen ausgesprochene - Ziel ist, den massiven Personalfehlbestand ausschließlich durch technische Hilfe auszugleichen.

Das kann uns ganz und gar nicht beruhigen: Bundesweit ist das Personal im öffentlichen Dienst in den letzten 25 Jahren um ein Drittel gekürzt worden - das sind über 2 Millionen Beschäftigte weniger. In der Finanzverwaltung fehlen bundesweit 20.000 Finanzbeamte/innen. Bezogen auf Bayern ist die personelle Unterbesetzung beim FAM am größten!



© Rannenber & Friends

Inzwischen werden die Bearbeitungszeiten nicht mehr kürzer. Das weitestgehend automatisierte Veranlagen auf Basis von Risikofiltern belastet die Steuergerechtigkeit zusehends. Die Vielfalt der verschiedenen Programme erfordert erhöhte Aufmerksamkeit der Mitarbeiter/innen am Bildschirm, führt zu stärkeren Ermüdungserscheinungen und weiteren gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Ver.di hat hierzu in eine ausführliche Stellungnahme verfasst und bei der Anhörung im Bundestag eingebracht. Die Regelungen greifen massiv in die Organisationshoheit der Länder ein. Hinsichtlich des Weisungsrechts beim IT-Einsatz wäre es sinnvoller, klar zu definieren und anzuweisen, welche Aufgaben von dem jeweiligen Programm erfüllt werden müssen und welche Mindestanforderungen an die Funktionalität gegeben sind!

Abdruck mit freundlicher Genehmigung: MUH 22, Herbst 2016
www.muh.by

Amok Terror Attentat

Würzburg, München, Ansbach – drei Anschläge erschütterten im Sommer Bayern, schon bald war ihre politische und mediale Kategorisierung weitgehend abgeschlossen: Terror hier, Amok dort, religiöse Fanatiker hier, ein unpolitischer Psychopath dort. Aber ist es wirklich so einfach? Was ist eigentlich eine „Blitzradikalisierung“? Wo fängt eine psychische Störung an? Und welche rassistischen Motive hatte der Massenmord von München? Ein paar andere Blickwinkel auf die Geschehnisse tun gut, denn wie wir Taten benennen, sagt viel darüber aus, in welche Richtung wir als Gesellschaft gehen.

Von Thies Marsen

Bayern im Juli 2016: Drei blutige Gewalttaten innerhalb von nur einer Woche. Erst mit einer Axt in einem Regionalzug nahe Würzburg, dann – am folgenschwersten – mit einer Pistole in München, schließlich mit einer selbstgefertigten Bombe in Ansbach. Drei Gewalttaten mit neun Toten und über 50 Verletzten, verübt von einem minderjährigen Flüchtling aus Afghanistan, einem – wie es in der Berichterstattung hieß – „Deutsch-Iraner“ und einem abgelehnten Asylbewerber aus Syrien. Alle drei sind tot. Angesichts der schrecklichen Massaker in Paris, Brüssel und Nizza kurz zuvor lag es zwar nahe, dass schnell von Attentaten gesprochen wurde. Aber waren es wirklich Terroranschläge? Oder eher Amokläufe? Oder handelt es sich gar um drei Fälle von sogenanntem „erweiterten Suizid“?

Das ist keine simple Wortklauberei. Wie die Taten benannt werden, von Polizisten, Politikern und von Journalisten, wie man über die Taten auf der Straße, am Stammtisch, am Küchentisch oder im Regionalzug spricht, sagt viel darüber aus, wie unsere Politik, unsere Medien, unsere Gesellschaft verfasst sind und in welche Richtung wir uns entwickeln.

Schon wenige Tage nach den Taten war ihre politische, mediale und gesellschaftliche Kategorisierung weitgehend abgeschlossen: Die Täter von Würzburg und Ansbach werden seither als Terroristen angesehen, die im Auftrag des so genannten Islamischen Staates (IS) handelten, der Massenmörder vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum dagegen als psychisch gestörter Amokläufer. Die einen waren also religiöse Fanatiker, die islamistische Terrorakte verübten, der andere ein unpolitischer Psychopath mit Rachegeleuten, der blind um sich schoss. Tatsächlich gibt es einiges, das für diese Sichtweise spricht: Der Mörder vom OEZ war tatsächlich zeitweise in psychiatrischer Behandlung, die Täter von Würzburg und Ansbach wiederum standen offenbar mit dem IS in Kontakt, chatteten bis zuletzt mit Hintermännern in Saudi-Arabien und bekannten sich selbst zu der islamistischen Terrorgruppe. So könnte man das Ganze also durchaus sehen.

Man könnte es aber auch anders sehen: Auch die vermeintlichen IS-Terroristen waren psychisch gestört. Der Jugendliche von Würzburg, ohnehin schon von der Flucht traumatisiert, erfuhr kurz vor seiner Tat vom Tod eines guten Freundes in Afghanistan, was ihn offenbar endgültig aus der Bahn warf und zu einer „Blitzradikalisierung“ führte – oder sollte man besser sagen: zu einer Psychose? Auch der Syrer, der sich in Ansbach mit einer selbstgebastelten Bombe in die Luft sprengte, war in psychiatrischer Behandlung, zeitweise auch stationär. Weil jedoch niemand die Kosten für seine Behandlung übernehmen wollte, wurde seine Therapie im Februar 2016 ausgesetzt – und er damit sich selbst überlassen. Stattdessen erhielt er elf Tage vor seiner Tat die Mitteilung, dass er Deutschland binnen 30 Tagen zu verlassen habe. Auch das könnte ein Auslöser für die Tat gewesen sein.

Und der vermeintliche Amokläufer von München war offenbar keineswegs so unpolitisch wie zunächst angenommen. Der gebürtige Münchner mit persischen Vorfahren war stolz auf seine „arischen Wurzeln“ (aus dem Iran stammen die angeblichen „Ur-Arier“) und darauf, am selben Tag wie Adolf Hitler Geburtstag zu haben. Er verehrte den rechtsextremen norwegischen Terroristen Anders Breivik und verübte seine eigene Tat ausgerechnet am fünften Jahrestag von Breiviks Massenmord mit 77 Toten auf der Insel Utøya und in Oslo. Auf dem berühmt gewordenen Handyvideo von einem Wortwechsel zwischen dem OEZ-Täter und einem Anwohner ist zu hören, wie sich der 19-Jährige ausdrücklich als „Deutschen“ bezeichnet und auf „Kanacken“ schimpft. Die neun fast ausschließlich jungen Menschen, die er ermordete, hatten allesamt einen „Migrationshintergrund“, ein Großteil waren Sinti und Roma, sieben waren muslimischen Glaubens. Dass es sich bei der Tat nicht um einen unkontrollierten Amoklauf handelte, ergibt sich schon aus der Tatsache, dass der junge Mann den Massenmord monatelang plante und – wie sein Vorbild Breivik – auch eine Art „Manifest“ hinterließ.

Angesichts dieser Tatsachen könnte man also zu folgendem Schluss kommen: Zwei unpolitische, psychisch kranke Menschen sind in Würzburg und Ansbach Amok gelaufen. Weil sie die mediale Wirkung ihrer Verzweiflungstaten erhöhen wollten, haben sie sich des Terrorlabels IS bedient. Um die maximale Aufmerksamkeit für ihren erweiterten Suizid zu erhalten, reichte es völlig, eine selbstgemalte IS-Fahne ins Zimmer zu hängen und kurz vor der Tat im Netz Kontakt zu Islamisten aufzubauen. München dagegen war einmal mehr Schauplatz eines rechtsextremistischen Anschlags – des schlimmsten seit dem Oktoberfestattentat. Der rassistische Täter, quasi ein deutscher Anders Breivik, ermordete binnen weniger Minuten genauso viele Menschen mit Migrationshintergrund wie die Terrortruppe NSU während ihrer 13 Jahre im Untergrund. So könnte man es auch sehen. So wird es aber nicht gesehen.

Warum aber wird ein mutmaßlich rechtsextremer Attentäter in der polizeilichen, politischen, medialen und gesellschaftlichen Wahrnehmung als Psychopath

abgestempelt und seine Tat entpolitisiert? Eine Tat, die im Übrigen wie gesagt weitaus folgenreicher war als die von Würzburg und Ansbach. Warum werden auf der anderen Seite die beiden Täter, bei denen ein islamistischer Hintergrund in Betracht kommt, als Terroristen „geadelt“? Warum haben ihre Gewalttaten sofort Gesetzesinitiativen zur Folge mit dem Ziel die Grenzen noch dichter zu machen und Flüchtlinge noch schneller abzuschieben? Wieso wird seit den Taten noch eindringlicher vor islamistischem Terror gewarnt, aber kaum vor rechtem Terror, obwohl insbesondere in Bayern eine nachweislich schwer bewaffnete und höchst gewaltbereite rechtsextreme Szene existiert? Mal abgesehen davon, dass den beiden mutmaßlichen islamistischen Attentaten allein im ersten Halbjahr 2016 über 600 rassistische Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegenüberstehen.

Was sagt das aus über Sicherheitsbehörden, Politik, Medien und Gesellschaft? Vor allem wohl, dass immer noch eine biodeutsche Sichtweise vorherrscht – man könnte es auch Rassismus nennen oder präziser „institutionellen Rassismus“. Der Täter von München hatte es auf „Migranten“ abgesehen, also auf die Anderen: die Muslime, die Roma, die Nichtdeutschen. Weshalb er von der Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen als weitaus weniger gefährlich eingestuft wird als die Täter von Ansbach und Würzburg, die die Mehrheitsgesellschaft angegriffen haben, uns Biodeutsche – auch wenn dem Würzburger Täter auch Touristen aus Hongkong zum Opfer fielen, die das Pech hatten, mit ihm im selben Regionalzug zu sitzen.

Selbstverständlich geht es hier nicht darum, islamistischen Terror zu verharmlosen. Wer Menschen terrorisiert, in Angst und Schrecken versetzt, verletzt oder umbringt ist ein Verbrecher, egal aus welchen Gründen er es tut. Egal, ob er ein religiöser Fanatiker ist oder ein ideologischer oder einfach nur ein Psychopath oder alles zusammen. Und nebenbei bemerkt: Islamisten und Rechtsextremisten haben ja ohnehin so einiges gemeinsam. Sie kämpfen gegen eine offene, pluralistische, freie Gesellschaft, gegen die Emanzipation von Frauen ebenso wie die von Homosexuellen. Aber sie haben nicht nur gemeinsame Feinde, sondern auch ein gemeinsames Ziel: Einen autoritären und homogenen Führerstaat – im einen Falle eben ethnisch homogen, im anderen Falle religiös. Und sie fühlen sich als Herrenmenschen, die berechtigt sind, ihre kruden Vorstellungen auch mit Gewalt durchzusetzen.

Das klingt ziemlich psychopathisch, und vermutlich ist es das auch. Und vermutlich fühlen sich insbesondere psychisch labile Menschen von solchen Weltbildern angezogen: Gescheiterte Existenzen, die versuchen ihrem Leben einen Sinn zu geben, und sei es mit einem finalen Akt der Gewalt.

Das ist sozusagen die individuell-psychologische Ebene. Jeder Gewalttäter hat seine eigene Anamnese, seine eigene Geschichte, seinen eigenen Weg zur Gewalt. Und doch ist jeder auch ein Produkt der Gesellschaft, weshalb immer zu fragen ist, welche gesellschaftlichen Verhältnisse solche gescheiterten Existenzen hervorbringen? Oder anders gefragt: Was hat das alles mit uns zu tun?

Mehr als uns lieb ist. Es hat zu tun mit einer deutschen Militär-, Macht- und Wirtschaftspolitik – von Waffenexporten über Freihandelsabkommen bis hin zur Unterstützung autoritärer Herrscher –, die Flüchtlingsbewegungen mit verursacht. Mit einer von der EU betriebenen Abschottungspolitik, die dafür sorgt, dass Menschen auf der Flucht teils schwerst traumatisiert werden – ob von brutalen Grenzern, skrupellosen Schleppern oder auf den lebensgefährlichen Überfahrten übers Mittelmeer. Mit der alltäglichen Praxis der Ausländer- und Asylpolitik, die sich von der kurzzeitigen Willkommenskultur des Sommers 2015 längst wieder verabschiedet hat. Mit dem alltäglichen Rassismus. Mit den alltäglichen Gewaltverhältnissen z.B. in der Schule. Mit einer Gesellschaft, die zwar nicht mehr zwischen wertvollen und unwerten Menschen unterscheidet, aber immer mehr zwischen nützlichen und unnützen. Kurz: Mit einer Gesellschaft, die Gewalt produziert und sie anschließend wahlweise abspaltet oder verleugnet.



T-Shirt erhältlich bei offprint@t-online.de Euro 18,00



MUH

...das Magazin für „bayerische Aspekte“ erscheint vierteljährlich und setzt sich mit Bayern auseinander, von der Unterhaltung und Historie bis hin zu gesellschaftlichen Themen und Politik, mit einem Blick für das „andere Bayern“ jenseits von Klischee und Tümelei. MUH gibt's im Zeitschriftenhandel und zu bestellen unter www.muh.by.

Aktuell ist die Herbstausgabe MUH 22 im Handel, in der dieser Text von Thies Marsen erschienen ist.

Terror überwachen

Angelica Dullinger

Wegen der Gefahr von Terroranschlägen macht die Videoüberwachung auch vor dem Finanzamt München nicht halt. Verschiedene Eingänge wurden bereits mit Kameras ausgestattet (Landesamt für Steuern Sophienstraße bzw. Arcisstraße/vor der Kantine, IuK-Bereich Katharina-von-Bora-Str. 6-8). Aufzeichnungen sollen dort nur nach Dienstende erfolgen, wenn die Pforte des Landesamtes nicht besetzt ist. Die Installation der Kameras soll die erleichterte Beweisführung bei etwaigen Vorfällen sicherstellen.

Für die Eingänge der Steuerfahndung und Buß- und Strafsachenstelle in der Prinz-Ludwig-Straße sind die Kameras ebenfalls vorgesehen. Viele begeistert dieser Gedanke an die Videoüberwachung überhaupt nicht und hundertprozentige Sicherheit kann so natürlich nicht geschaffen werden.

Es würde helfen, wenn die Gebäude abgesperrt werden und Besucher/innen nur nach vorheriger Anmeldung Zutritt haben. Folgende zusätzliche Maßnahmen können aus ver.di-Sicht zur Sicherheit beitragen:

- einbruchsichere Fenster und Türen (bisher nicht vorhanden)
- die Besetzung der Pforte während der Gleitzeit
- die Überwachung der Finanzamtsgebäude durch Sicherheitsdienste außerhalb der regulären Arbeitszeiten - also auch am Wochenende!



li nach re: Michaela Sauerwein, Thomas Götz, Angelica Dullinger, Mdl Joachim Unterländer und Wolfgang Untergehrer

ver.di-Gespräch mit MdL Joachim Unterländer (CSU)

Mit dem Abgeordneten Joachim Unterländer, Leiter des Ausschusses für Sozialpolitik im Bayerischen Landtag, führte im Oktober die ver.di-Betriebsgruppe im Landtag ein intensives Gespräch.

Die Teilnehmenden Michaela Sauerwein, Wolfgang Untergehrer, Gerhard Huber und Angelica Dullinger stellten die Probleme beim Finanzamt München, die der Schlösserverwaltung Bayreuth/ Eremitage der Kollege Kastellan Thomas Götz, dar.

In München werden ca. 40 % des gesamten Steueraufkommens in Bayern erwirtschaftet, hier haben die meisten Dax-Konzerne und gewinnträchtige Unternehmen ihren Sitz. Geschätzt gehen mehrere hundert Millionen Euro jährlich im Ballungsraum München verloren, weil sie nicht gesetzmäßig festgesetzt werden können. Durch die Personalknappheit gibt es keine Steuergerechtigkeit. Ein Dilemma, denn vor allem die Lohnsteuer sichert hohe Einnahmen für den Staat.

Die Stellungnahme von ver.di-Bayern zum Doppelhaushalt 2017/2018 des Einzelplans 0605 (Finanzämter) wurde Herrn Unterländer übergeben. Dargestellt wurden

- das massive Personaldefizit von bayernweit mehreren tausend Personen
- das Leid und die Erkrankungen der Beschäftigten aufgrund des Arbeitsdrucks
- die unzureichende räumliche Unterbringung am Arbeitsplatz
- die mangelhafte Ausstattung mit Trolleys und Rucksäcken
- die Wohnungsnot der Beschäftigten, die mit der Förderung von Genossenschaftswohnungen entschärft werden könnte
- die unglaubliche Umsetzung der psychischen Gefährdungsbeurteilung.

Den Problemen will sich der Landtagsabgeordnete Herr Unterländer annehmen, sich für eine zeitgemäße Ausstattung stark machen und sich entsprechend bei den Landtagskolleg/innen einsetzen. Er befürwortet außerdem eine verbesserte Ballungsraumzulage.

Massive Personalnöte bei der Schlösserverwaltung

Die Verwaltung hat vor Jahren den arbeitsfreien Montag abgeschafft und nun an 360 Tagen im Jahr geöffnet (geschlossen nur am 01.01/Faschingsdienstag/24.12/25.12/31.12). Es ist zu begrüßen, dass unsere Kulturgüter an so vielen Tagen der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Personaldecke reicht dafür allerdings nicht, es wurde kein zusätzliches Personal zugewiesen!

Es sind große Parkflächen zu betreuen. Viele Anlagen sind der Bevölkerung rund um die Uhr zugänglich, aber es gibt kein Aufsichtspersonal mehr in den Parkanlagen. Der Vandalismus nimmt daher zu.

In den Burgen und Schlössern werden den Besucher/innen hochwertige Führungen geboten, oft auch in Fremdsprachen. Die Eingruppierungen der Beschäftigten hinken der realen Tätigkeit und Qualifikation weit hinterher.

Es gibt Verwaltungsbereiche, in denen es keinen stellvertretenden Amtsvorstand gibt: Dort stoßen die Kollegen und Kol-

leginnen ganz stark an die Grenzen ihrer persönlichen Belastbarkeit.

Gebraucht werden zusätzlich ca. 100 Stellen, um einen einigermaßen vernünftigen Betrieb zu gewährleisten. Für ver.di übergab Kastellan Thomas Götz dem Mitglied des Landtags ein entsprechendes Schreiben.

Der Abgeordnete Unterländer sicherte zu, sich mit den Kolleg/innen im Haushaltsausschuss in Verbindung zu setzen. Und er möchte weiterhin mit der ver.di-Betriebsgruppe in Kontakt bleiben. Darauf legen wir eben soviel Wert und freuen uns über schnelle Verbesserungen!



li nach re: Gerhard Huber, Thomas Götz, Angelica Dullinger, Gerhard Huber und Wolfgang Untergehrer

Ver.di-Forderungen zum Doppelhaushalt

Die historische Unterbesetzung in der Finanzverwaltung führt nach den Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (BayORH) seit Jahren zu massiven Steuerausfällen. Sogar nach offiziellen Berechnungen fehlen allein in Bayern 4.800 Mitarbeiterkapazitäten (MAK) in den Finanzämtern!

Da die Ausbildungskapazitäten der Finanzämter und der Schulen begrenzt sind, fordert ver.di eine Personalmehrung in jedem Haushaltsjahr von jeweils 500 MAK, aufgeteilt auf die Qualifikationsebenen 2 und 3. Damit die Pensionsabgänge aufgefangen

werden können, sind die Anwärterstellen so zu erhöhen, dass keine Verrechnung auf Beamtenstellen mehr erfolgt.

Neben der mangelhaften Personalausstattung führen kontinuierliche Fallzahlensteigerungen zu einer Verschlechterung der Arbeitssituation der Beschäftigten. Bei der Fallzahlenbelastung in den Veranlagungsstellen nimmt Bayern seit Jahren die schlechtesten Plätze im Ländervergleich ein.

So sind die Fallzahlen in den Körperschaftssteuerstellen von 2003 bis 2013 um 37% gestiegen, in der allgemeinen Veranlagungsstelle um 18% und in den Personengesellschaften um 45%. Tendenz weiter steigend!

Die jährlichen Beanstandungen des Bay-ORH über mangelhafte Prüfungen der Steuererklärungen, z.B. bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Ermittlung von Veräußerungsgewinnen, etc. und die daraus resultierenden Steuerausfälle von jährlich über 100 Millionen Euro sind auf die hohe Arbeitsbelastung zurückzuführen.

Auch in den Außendiensten ist die Personallage seit Jahren äußerst problematisch. Dies wirkt sich vor allem auf die Prüfungsdichte aus. Während im Innendienst eine permanente Fallzahlensteigerung erfolgt, führt dies in den Außendiensten zu einer stetigen Minderung der Prüfungsdichte.

Dabei bringt nach den letzten Feststellungen jede/r Außenprüfer/in ein Mehrergebnis von über eine Million Euro. Im Bereich der Betriebsprüfung lag dieses sogar bei über 1,7 Millionen Euro je Prüfer/in. Dieses ist nach der Pressemitteilung des Finanzministers das bundesweit beste Ergebnis pro Prüfer/in. Eine Refinanzierung dieser Stellen sollte nicht zur Debatte stehen!

ver.di fordert eine bessere Stellenausstattung

Für neu eingeführte Dienstposten, wie den/die EDV-Sachbearbeiter/in, sind die entsprechenden Haushaltsstellen zu schaf-

fen, da die Einführung bereits jetzt zu einer weiteren Verschlechterung der Personalsituation geführt hat.

Die Stellenausstattung in der 2. Qualifikationsebene (2. QE), speziell in der BesGr A 9 + Z ist erheblich zu verbessern. Durch die permanente Abschichtung von Aufgaben des früheren gehobenen Dienstes in allen Arbeitsbereichen hat sich die Anzahl der nach BesGr. A 9 + Z bewerteten Dienstposten erheblich ausgeweitet.

Lediglich für 22 % der nach A9+Z bewerteten Dienstposten stehen auch tatsächlich Beförderungsstellen nach A9+Z zur Verfügung. Dies ist die mit Abstand schlechteste Bedienquote in der allgemeinen Verwaltung der Finanzämter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um das Endamt in der 2. QE handelt und die Beschäftigten teilweise seit vielen Jahren höherwertige Tätigkeiten ohne jegliche Beförderungsaussichten erledigen!

Für viele ältere Kolleginnen und Kollegen ist trotz lebenslangem engagierten Einsatzes das Endamt nicht erreichbar! Um den Beförderungsstau abzubauen, wird hier eine deutliche Stellenmehrung von 500 Stellen gefordert. Auf die zahlreichen Petitionen zu dieser Problematik zum Doppelhaushalt 2013/ 2014 wird verwiesen.

Im Innendienst der Finanzämter wird dringend ein „doppelter Laufbahnweg“ nach Besoldungsgruppe (BesGr.) A 13 benötigt. Für herausragende Sachbearbeiter/innen, für die eine Führungsfunktion nicht in Frage kommt, sollte als Spitzenamt ebenfalls A 13 eingeführt werden.

Einführung von A 13 bei den Sonstigen Prüfungsdiensten Lohnsteuer/Umsatzsteuer

An Konzernprüfer/innen werden erhebliche Anforderungen gestellt. Entsprechende Tätigkeiten im Bereich der Lohn- und Umsatzsteuer Außenprüfung sind mit der Tätigkeit der Betriebsprüfung ohne weiteres vergleichbar und Beförderungen nach BesGr. A 13 sind überfällig. Deshalb soll-

te hier dringend die Ausstattung mit A 13-Stellen erfolgen.

Besondere Belastung Ballungsräume

Die Abdeckung des hohen Personalbedarfs, speziell im Ballungsraum München, gestaltet sich weiterhin äußerst schwierig. Nachdem vor allem die Beschäftigten in der 2. QE mit einem Ersteinsatz in München rechnen müssen, besteht hier dringender Handlungsbedarf. Problematisch sind die im Verhältnis zur Besoldung hohen Lebenshaltungskosten, die vor allem durch das hohe Mietniveau verursacht werden. Dieser Zustand führt zu einer erheblichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Beschäftigten, da Wohnungen auf dem freien Markt angemietet werden müssen. Unter Fürsorgegesichtspunkten sehen wir es als eine Aufgabe des Freistaats, genügend bezahlbaren Wohnraum für die Bediensteten zu schaffen.

Wir fordern deshalb eine deutliche Erhöhung der Ballungsraumzulage, die speziell in den Eingangssämtern (2. QE = A6!) zu einer merklichen Verbesserung der Lebenssituation und der Lebenshaltungskosten führen muss. Außerdem muss ein massiver Ausbau des Angebots an finanzierbaren Staatsbedienstetenwohnungen erfolgen.

Sondersituation Finanzamt München

Die meisten der in Deutschland ansässigen DAX-Konzerne werden beim Finanzamt München geführt. Einhergehend mit der Konzerndichte steigen die Anforderungen an die fachliche und psychologische Kompetenz aller hier eingesetzten Beschäftigten. Seit mehreren Jahren erfolgt eine Fusion der Abteilungen. Die Bauabschnitte für die Neubauten und die notwendigen Umzüge dauern von 2008 bis in die nächsten Jahrzehnte. Das komplette Personal wechselt im Durchschnitt alle drei Jahre. Die personellen und technischen Anforderungen sind gewaltig.

Für die EDV-Fragen sind spezialisierte Sachbearbeiter/innen pro Säule erforderlich. Angesichts der Größenverhältnisse



Kommandozentrale
© Wolfgang Schreitmüller

von in München ansässigen Konzernen reichen teilweise die Speichermöglichkeiten für die Steuernummern nicht aus. Die Kapazitäten beim Netzanbieter sind dringend zu erweitern.

Einarbeitungen müssen fortlaufend erfolgen und könnten durch Ausbildungsbezirke abgemildert werden. Das Finanzamt München benötigt hierfür gesonderte Stellen, um die Mehrbelastungen aufzufangen. Ein Ausbau der Führungskräftebildungen ist unabdingbar.

Sofortige Aufhebung der Wiederbesetzungssperre

Die Wiederbesetzungssperre von drei Monaten ist unverändert leistungsfeindlich, da die durch Ruhestandsversetzungen frei werdenden Stellen in der Regel sofort wieder besetzt werden müssen. Den Beschäftigten wird vorgehalten, es herrsche das Leistungsprinzip und tatsächlich erhalten sie nicht einmal dann, wenn sie eine höherwertige Stelle einnehmen, die entsprechende Beförderung!

Der Missbrauch der Finanzverwaltung als stets für Sparzwecke heranzuziehende Verfügungsmasse wird strikt abgelehnt, hier sind Einsparungen kontraproduktiv, da dadurch Steuerausfälle entstehen. Insoweit wird auf die Feststellungen des BayORH im Jahresbericht 2012 verwiesen, nachdem Personaleinsparungen in der Steuerverwaltung gerade nicht der Haushaltskonsolidierung dienen.



Personalsituation an den Ausbildungsstätten

Durch die überfällige Aufstockung der Einstellungszahlen entsteht auch an den zentralen Ausbildungsstätten zusätzlicher Personalbedarf. Notwendig ist eine Anhebung der Dozent/innenstellen und eine Ausbringung im Stellenplan der jeweiligen Ausbildungsstätte. Zur Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten sind dringend zusätzlich höherwertige Planstellen auszubringen.

Tarifbeschäftigte adäquat bezahlen

Für die Qualifizierung von Tarifbeschäftigten sind die entsprechenden Stellen in der Entgeltgruppe 8 zu schaffen. Der Einsatz von Tarifkräften ist in einigen Bereichen zur Entlastung der Innen- und Außendienste dringend geboten. Für die teilweise hochqualifizierten Tarifbeschäftigten und auch für freiwerdende DUNAN-Kräfte böte sich hier endlich eine Aufstiegsprospektive.

Von privaten Reinigungsdiensten verabschieden

Die Fremdvergaben der Reinigungsdienste gehen vielfach einher mit Lohndumping und massiven Arbeitszeitverletzungen zulasten des eingesetzten Reinigungspersonals. Die betroffenen Arbeitskräfte verhalten sich aufgrund der drohenden Arbeitsplatzverluste sehr defensiv.

Außerdem werden Sicherheitskonzepte in den Bußgeld- und Strafsachenstellen und den Steuerfahndungsstellen ausgelotet. In diesem Zusammenhang fordern wir erneut, in sicherheitsrelevanten Bereichen und darüber hinaus, wieder hauseigenes Reinigungspersonal einzustellen.

Präventive Sicherheitsmaßnahmen

Das Sicherheitskonzept für die Bußgeld- und Strafsachenstellen beinhaltet Sicherheitsverglasungen für die Eingangsbereiche. Haushaltsmittel sind hierfür bislang nicht vorgesehen.

Das Personal für die Hausverwaltungen ist inzwischen so ausgedünnt, dass an den Wochenenden keine Bewachung mehr sichergestellt ist oder Einbrüche nicht vereitelt werden können. Das Personal ist in diesem Bereich daher unbedingt aufzustocken.

Soweit die Füße tragen

Bei bestem Wetter und wie immer perfekt organisiert von Michi Sauerwein nahm am 26.06. eine Gruppe laufender Kolleg/innen (ver.di-Mitglieder und Freund/innen) am Münchner Stadtlauf (5km, 10km bzw. Halbmarathon) teil. All unsere Sportler/innen haben den Lauf dann auch hervorragend absolviert und freuen sich auf weitere läuferische Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Mit ver.di läuft es einfach besser!



Halbmarathon, Münchner Stadtlauf

ver.di trifft SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die ver.di-Delegation setzte sich in einem intensiven Gespräch mit Landtagsabgeordneten der SPD-Haushaltsfraktion zu folgenden Themen auseinander:

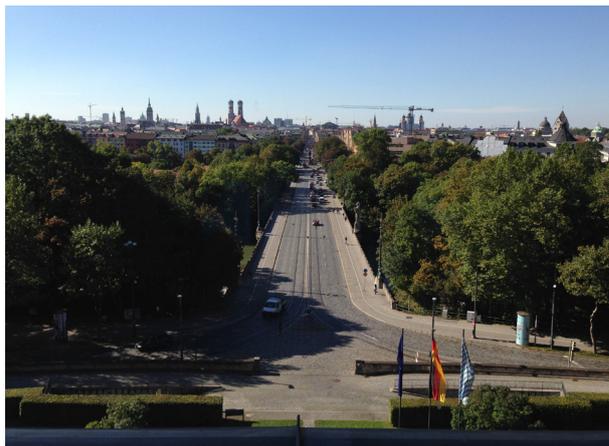
Die Personalsituation in der Finanzverwaltung, insbesondere beim Finanzamt München (FAM) und der ebenfalls massive Personalmangel in der bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung.

Das FAM gibt alle drei Jahre ca. 100 Beschäftigte an übergeordnete Dienststellen ab (BayFM, LfSt u.a.). Besser wäre, wenn die Kolleg/innen bereits nach absolvierter Ausbildung direkt an die Oberbehörden wechseln und die dauerhaften Zuführungen bei der Stellenausstattung berücksichtigt werden.

Die personelle und strukturelle Unterausstattung der bayerischen Finanzämter und die persönliche Überlastung der Beschäftigten wurde herausgearbeitet. Angesichts der massiven Fluktuation ist der Druck auf das Personal speziell in München extrem. Hier müssen permanent neue Kolleg/innen eingearbeitet werden. Dies macht die allgemeine Unterbesetzung noch viel problematischer, dazu kommen verschärfte statistische Vorgaben. Bei Neugründungen werden ca. 10% der Fälle von der EDV gar nicht erfasst. Das Zuteilungssoll ist zum 01.01.2016 massiv um „nicht zu besetzende Stellen“ (Auszubildende, Beschäftigte in Altersteilzeit, abgeordnete Beamt/innen) gekürzt worden.

EDV-Verbindungen und die Zugriffsmöglichkeiten auf bestimmte Programme sind laut Aussagen auf der Amtsleitertagung in 12 Monaten 51 mal gestört gewesen. Im IuK eingesetzte Beschäftigte geben ihr Bestes - notwendig sind aber ausgebildete EDV-Expert/innen.

Die permanente Arbeitsüberlastung führt zu verstärktem Präsentismus. Das heißt, Beschäftigte gehen trotz gesundheitlicher Probleme zur Arbeit (DGB-Studie).



Zur negativen Entwicklung der Stellen in den bayerischen Finanzämtern von 2006 bis 2016 und den im Jahr 2013 gegründeten Bereichen des von Herrn Söder sog. „Steuer-FBI“ (SKS, SZS und IStZ) legte Herr Zeidler aktuelle Berechnungen vor.

Erörtert wurde u.a. die Notwendigkeit der Vermögensteuer und eine schärfere Bekämpfung der Steuerkriminalität. Allein auf deutschen Bankkonten liegen 2.500 Milliarden Euro an un versteuertem Vermögen ausländischer Privatanleger!

Herr Dr. Kränzlein stellte heraus, dass die SPD im Landtag seit vielen Jahren eine verbesserte Ausstattung der Finanzämter fordere. Es gebe aber einen Anti-Finanzamts-Reflex in der Bevölkerung und die Argumentation sei, angesichts der guten bayerischen Kennzahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern, zusätzlich erschwert.

Für viele Arbeitsbereiche fehlen ausreichende und geeignete Fortbildungen. Für die Ausbildung an den Schulen (LfS, Bay-BeaFHS) fehlen 16 hauptamtliche Dozent/

innen, was durch nebenamtliche Kolleg/innen - schwerpunktmäßig vom FAM, Umfang von 5.000 Stunden/Jahr! - aufgefangen werden muss.

Herr Zeidler konnte hierzu berichten, dass die SPD im Landtag 20 zusätzliche hauptamtliche Stellen für die Schulen gefordert habe, was aber von der Landtagsmehrheit abgelehnt worden sei.

Kritisiert wurde auch die räumliche Unterbringung der Beschäftigten in Dienstgebäuden. Während in der Fläche viele Neubauten errichtet werden (Landfinanzämter), steht das Geld für München nicht ausreichend zur Verfügung. Der Neubau des FAM (Planungsbeginn 2008) wird vermutlich 2018 abgeschlossen sein. Bis weitere Bauabschnitte errichtet sind, gehen bestimmt weitere Jahrzehnte ins Land. An weiteren Anmietungen in der Innenstadt geht nach Ansicht der ver.di-Delegation nichts vorbei.

Großen Handlungsbedarf sahen die ver.di-Teilnehmer/innen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Hier stimmte Herr Dr. Kränzlein uneingeschränkt zu, diese Forderung vertrete die SPD im Landtag sehr intensiv und seit vielen Jahren.

Speziell in München ist eine zentrale Forderung ein kommunales Vorkaufsrecht bei Grund und Boden.

Auf die fehlende Aufstiegsmöglichkeiten wurde am Beispiel der geforderten A13-Stellen für die Lohnsteueraußenprüfung bei Konzernen hingewiesen. Dies wird auch vom Fachreferat des Landesamtes für Steuern (LfSt) unterstützt, aber bislang vom Personalreferat abgelehnt.

Seitens des LfSt sei laut Herrn Pfeffer die Einführung der modularen Qualifikation für den luK-Bereich angekündigt worden. Dafür sollen die luK-Betreuer/innen zukünftig in ein EDV-Sachgebiet eingegliedert werden. Im Bereich des FAM sind 30-40 Beschäftigte aus den Besoldungsgruppen A8 und A9 betroffen, die hierfür eine ausreichende dienstliche Beurteilung benötigen.

Frau Dullinger betonte, dass die spezifische und einzigartige Position des FAM generell nicht ausreichend gewürdigt werde. Herr Dr. Kränzlein kritisierte die relativ oberflächlichen Stellungnahmen des Finanzministeriums zu diesem Komplex.

Herr Götz berichtete über die Planungen für ein „Kompetenzzentrum“ der Schlösser- und Seenverwaltung am Standort Gar-



Hinten von li nach re: Günther Knoblauch (MdL, SPD), Thomas Götz (Schlösser- und Seenverwaltung Bayreuth/ Eremitage), Tobias Pfeffer (luK-Mitarbeiter und Dozent BayBeaFHS, EDV Zentralabteilung des FAM), Gerhard Huber (Sachbearbeiter Veranlagung gemeinnützige Vereine FAM), Martin Heitzer (Lohnsteuer-Sachbearbeiter FAM, ver.di-Bezirksvorstand).

Vorne von li nach re: Wolfgang Untergehrer (Lohnsteuer-Außenprüfer FAM, verdi-Bundesrevision), Susanne Biedefeld (MdL, SPD), Angelica Dullinger (ver.di-Bundesfachkommission Steuer, Personalratsvorsitzende FAM, Abteilung Körperschaften, Vorstand der ver.di-Betriebsgruppe beim FAM), Dr. Herbert Kränzlein (MdL, SPD), Reinhard Strobl (MdL, SPD),



Harald Güller, Angelica Dullinger, Thomas Götz

misch-Partenkirchen. 30 Kolleg/innen sollen dort tätig werden. Das benötigte Personal soll von der Hauptverwaltung in München abgezogen werden, aber nur zwei bis drei Kolleg/innen sind hierzu bereit.

Die Stimmung der Beschäftigten ist sehr schlecht, es kommen zusätzliche Objekte wie die Kaiserburg und die Cadolzburg hinzu. Alles wird ohne Personalmehrungen gestemmt. Nach überschlägigen Berechnungen sind Personalverstärkungen von 100 Stellen notwendig. Viele kleine Einheiten und Führungskräfte sind - auch in Ermangelung von Stellvertreter/innen - teilweise sehr überbelastet.

Herr Dr. Kränzlein erläuterte, dass in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung ähnliche Problemlagen existieren und möchte gezielte Anträge der ver.di-Gruppe gerne aufgreifen. Dies bekräftigten die Abgeordneten Knoblauch und Biedefeld, die dies auch medienwirksam vermitteln würden.

Ein weiteres Thema war die Beamtenbesoldung. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind Nullrunden für die Beamt/innen über einen längeren Zeitraum verfassungswidrig. Als Maßstab gilt jetzt, wenn deutliche Abweichungen vorliegen:

- von den Tarifiergebnissen der Angestellten,
- von der Einkommensentwicklung der Gesamtbevölkerung
- und von der Entwicklung der Verbraucherpreise im jeweiligen Bundesland.

Das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens stellt einen massiven Eingriff in das Besteuerungsverfahren dar. Die Bundesregierung hat gesetzlich festgelegt, dass das „Risikomanagement“ auf Basis von EDV-gestützten Filtern zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit wie Zweckmäßigkeit des Steuervollzugs den Untersuchungsgrundsatz des § 88 AO unterläuft. Der Bund beabsichtigt, die rein elektronische Prüfung von Steuererklärungen bis zu einem Anteil von 50% hochzuschrauben. ver.di hält das für völlig unrealistisch!

Die SPD-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag für die Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 eingebracht. Er wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Baustelle Finanzamt München

Der Neubau wächst und das Musterbüro kann besichtigt werden. Soweit die guten Nachrichten. Bis der erste Bauabschnitt bezugsfertig ist, kann locker noch ein weiteres Jahr ins Land gehen.

Was uns nicht beruhigen kann: Große Teile der Beschäftigten verfügen trotz vielfacher Umzüge nicht über einen adäquaten

Arbeitsplatz. Die Unterbringung ist höchst unterschiedlich, für einige optimal, für andere teilweise inakzeptabel.

Der Mindestabstand zur Wand bzw. anderen Einbauten beträgt nach der Bildschirmarbeitsplatzverordnung einen Meter hinter dem Schreibtisch und zur Seite. Das wird oft nicht eingehalten. Im Gebäude Katharina-von-Bora-Straße machen uns zusätzlich Probleme mit der Statik einen Strich durch die Rechnung. Deshalb werden beispielsweise Sitzungsräume mit Akten „belegt“.

Baustelle Deroystraße



Der Platz reicht hinten und vorne nicht: für Menschen, für Akten, für Besprechungen, für die Registratur, für Jacken und Mäntel ...

Unser Ziel ist eine zeitgemäße Unterbringung. Dafür setzt sich der Personalrat der Abteilung Körperschaften ein, begeht alle Räume, dokumentiert die Defizite und übermittelt die Ergebnisse den Verantwortlichen.

Klar ist, dass niemand gerne oder freiwillig umzieht und gewohnte Arbeitsplätze und

Baustelle Deroystraße



persönliche Kontakte aufgeben möchte. Das sind zusätzliche Belastungen, die jede/r gern vermeiden will.

Die Alternative ist keine: den ganzen Tag vor dem Bildschirm zu sitzen, ohne seinen Körper mal in die eine oder andere Richtung zu drehen. Solchen oft jahrzehntelangen, körperlichen Einschränkungen will die EU-Richtlinie 90/270 einen Riegel vorschreiben, um einschlägigen Krankheiten vorzubeugen.

Mit einer weiteren Anmietung von Räumen in der Innenstadt könnte der Platzmangel gemildert und die Prävention gestärkt werden!

Aktiv für Beamte

Nils Kamradt (45) ist neuer Bundesbeamtensekretär bei ver.di. Daneben übernimmt er auch die Leitung des Bereichs Bund + Länder in der ver.di-Bundesverwaltung. Der Neue ist kein Unbekannter: 2001 bis 2011 arbeitete er im Bereich öffentlicher Dienst und Beamte beim DGB-Bundesvorstand und leitete anschließend das Parlamentarische Verbindungsbüro der GEW in Berlin.



Aktiv bei FAM: Elke Ganzenmüller

Bahnsteigquerung am Münchner Hauptbahnhof

PRO BAHN hat vor einem Jahr eine Online-Petition an den Bayerischen Landtag übergeben, damit sich der Freistaat Bayern für eine zusätzliche Bahnsteigquerung am Münchner Hauptbahnhof einsetzt (www.pro-bahn.de/muenchen/petition/petition_kommentare.pdf). Das kann Umsteigewege, aber auch den Weg für Pendler/innen erheblich verkürzen!



Heimat und Arbeitsplatz FAM

Der Wirtschaftsausschuss hat die Bahnsteigquerung beraten und das Plenum im Landtag hat hierüber einen positiven Beschluss gefasst (www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen/ nach Dokumentennummer 17/10366 suchen).

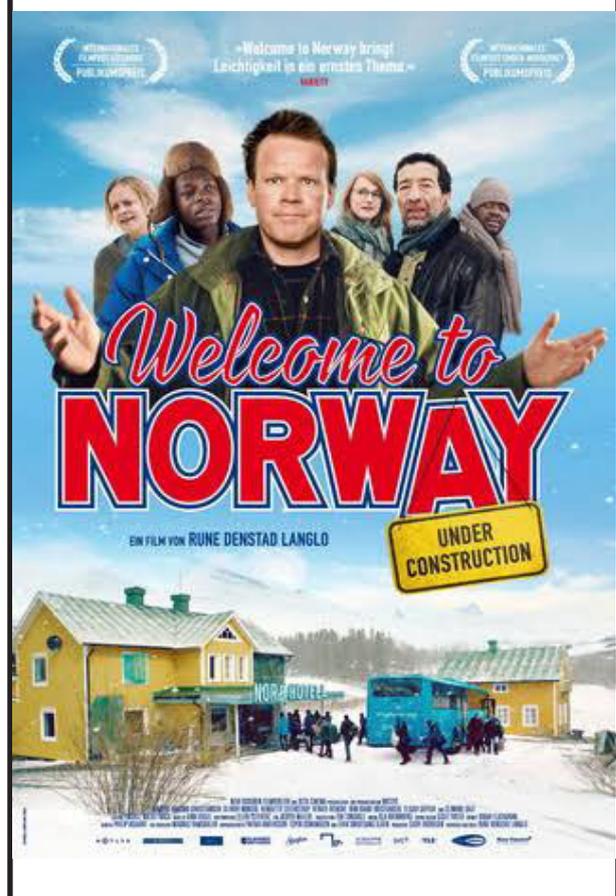
Inzwischen stimmen auch der Verkehrsminister und die DB dem Anliegen zu und der Freistaat Bayern ist bereit, 90% der Kosten für die Vorplanung zu übernehmen. Auch wenn die endgültige Finanzierung und der Zeitplan noch nicht stehen, ist dank der Petition und der Unterstützer/innen Bewegung in die Sache gekommen!

Jetzt im Kino - Welcome to Norway

Geflüchtete aus der ganzen Welt, ein geldgieriger Hotelbesitzer und eine marode Unterkunft in Nord-Norwegen - das sind die Zutaten für „Welcome to Norway“.

Die schwarze Komödie, die jetzt bundesweit in den Kinos läuft, hat den DGB-Filmpreis 2016 gewonnen! Regisseur Rune Lanlo nimmt Vorurteile aufs Korn und zeigt die Bedeutung von Freundschaft.

www.dgb.de/-/hdl





Gute Besoldung ist kein Geschenk

Gute Besoldung gibt es nur, wenn Beamtinnen und Beamte sich gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten dafür einsetzen: Die Länder haben den Föderalismus systematisch dazu genutzt, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in den Ländern und Kommunen von der allgemeinen Einkommensentwicklung und den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst abzukoppeln. Das verstößt gegen das Grundgesetz!

Wer aber nicht an vage politische Versprechungen glauben oder jahrelang auf die Rechtsprechung warten will, muss sich an den Tarif- und Besoldungsverhandlungen beteiligen!



Gewerkschaftshaus München

Ver.di ehrt verdiente Mitglieder

Am 7. November war es soweit: unsere Kollegin Monika Huber ist für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt worden! Im Beisein vieler älterer ver.di-Kolleg/innen, deren Treue für 50, 60 und 70 Mitgliedsjahre gewürdigt wurde, ist an die Geschichte des Münchner Gewerkschaftshauses erinnert worden.

Der Beitritt von Monika Huber fiel in eine Zeit, in der das Bayerische Gleichstellungsgesetz entworfen wurde. Sie kandidierte als Erste in der bayerischen Finanzverwaltung für das Amt der Frauenbeauftragten.



Monika Huber mit Angelica Dullinger, Münchner Gewerkschaftshaus

Damals erhielt der „Probelauf“ mit über 60% Wahlbeteiligung der weiblichen Beschäftigten eine enorme Zustimmung. Die Kollegin Huber ist seither nicht nur bei ver.di aktiv. Sie fungiert als kompetente Schwerbehindertenbeauftragte bei der Abteilung I und ist als Sachbearbeiterin in der Buß- und Strafsachenstelle tätig.

Liebe Monika, wir gratulieren Dir herzlich und wünschen Dir weiterhin bei allen Aktivitäten ein gutes Gespür!



Psychische Gefährdungsbeurteilung

Die Untersuchung zur psychischen Gefährdungsbeurteilung wurde im Schnellverfahren durchgezogen, die Art und Weise erfolgte ohne Zustimmung des Hauptpersonalrats. Der Fragenkatalog war teilweise unverständlich und wir bezweifeln, dass die Ergebnisse und das konkrete Verfahren ernst genommen werden können.

Ver.di hat bereits vor der Befragung moniert, dass die Beantwortung nur durch einzelne, repräsentative MitarbeiterInnen oder sogenannte „Expertenteams“ viel zu ungenaue Ergebnisse hervorbringt und diese nicht allgemein übertragbar sind.

Um der individuellen Belastungssituation gerecht zu werden, muss eine deutlich größere Anzahl von Beschäftigten befragt und die individuelle Arbeitsbelastung (Fallzahlen!!!) einbezogen werden.

Einzig positiv zu werten: Das Landesamt für Steuern hat eine professionelle Handlungshilfe erstellt, die Broschüre „Gesund im Finanzamt“. Wir appellieren an die Führungskräfte, die Empfehlungen auch kompetent umzusetzen!

Einmal Bundestag und zurück

Die ver.di-Betriebsgruppe führt von 21. bis 25. Juni 2017 eine bildungspolitische Reise mit der Bahn nach Berlin durch, mit Gespräch im Bundestag, Besuch von Museen und Ausstellungen.

Wer mitfährt, erhält Bildungsurlaub (2 von 3 Tagen) und jede Menge Stoff - zum Nachdenken, Lachen, Sehen.

Bei Interesse bitte melden und Platz reservieren, die Gruppe ist auf 20 Personen beschränkt. Das Programm senden wir gerne zu!



Telekomrabatt mit ver.di

Gute Freund sparen zusammen. Mit den besonderen „Telekom for Friends“ Tarifen genießen ver.di-Mitglieder exklusive Sparvorteile!

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem ver.di Mitgliederservice und der Deutschen Telekom können ver.di-Mitglieder jetzt die attraktiven „Telekom for Friends“-Vergünstigungen erhalten. Dies bedeutet konkret:

- 15% Rabatt auf die monatl. Grundpreise von Tarifen
- 15% Rabatt auf die monatl. Grundpreise von Tarifoptionen

29,95€ Bereitstellungspreis sparen

Der ver.di-Vorteil for Friends gilt nur bei Mobilfunkanschlüssen, wenn neue Verträge abgeschlossen oder Verträge verlängert werden (mit Beratung).

